



Das Hauptgebäude der Universität Bern.
Quelle: Keystone

Aus dem grossen Rat

Chancengleichheit ist nicht Gleichmacherei, schreibt unser Kolumnist

Was der Staat in frühe Förderung investiert, spart er später um ein Mehrfaches wieder ein. Damit antwortet Stefan Bütikofer (SP) auf die Kolumne von Nadja Günthör (SVP).

Stefan Bütikofer

Publiziert: 09.04.2025, 13:01 Uhr

Aktualisiert: 09.04.2025, 13:02 Uhr

Wer die Kolumne lieber hören möchte und ein Abo hat von BT oder àjour kann die entsprechende Audiodatei [hier](#) finden

Ich fühlte mich durch die Kolumne meiner Grossratskollegin Nadja Günthör (SVP) herausgefordert, weshalb ich ebenfalls etwas zum Thema Chancengleichheit sagen möchte. Sie spricht davon, dass «einige politische Strömungen» zum Ziel hätten, «vermeintliche Gleichheit» schaffen zu wollen – damit meint sie wohl die Ratslinke und entsprechend fühle ich mich angesprochen.

Mit der Analyse von Nadja Günthör bin ich einverstanden. Es ist so, dass nicht alle Kinder die gleichen Startvoraussetzungen haben. Einige starten mit grossen Vorteilen ins Leben, werden durch die Eltern früh gefördert und haben grössere Erfolgschancen. Andere Kinder wiederum starten mit gewissen Nachteilen, erfahren zu Hause wenig Förderung, können bei Schuleintritt keine Landessprache sprechen und haben entsprechend kleinere Erfolgschancen. Diese unterschiedlichen Startbedingungen prägen die gesamte Bildungslaufbahn und haben entsprechend auch Einfluss auf die Übertritte in die Sekundarstufe I und die Sekundarstufe II.

Wo ich anderer Meinung bin als meine Ratskollegin, ist in der Frage, welche Rolle dem Staat in dieser Problematik zufällt. Aus meiner Sicht ist es die Aufgabe des Staates, hier

einzugreifen und die Bildungschancen der benachteiligten Kinder zu erhöhen. Es geht nicht um Gleichmacherei oder Nivellierung, die Unterschiede werden auch nicht gänzlich verschwinden. Es ist auch keine Umverteilung, da niemand benachteiligt wird. Sondern es geht vor allem darum, allen Kindern eine erfolgreiche Bildungslaufbahn zu ermöglichen, damit sie fit werden für die immer komplexere Arbeitswelt. Was der Staat in die frühe Förderung investiert, spart er später zu einem x-Fachen wieder ein, etwa in der Sozialhilfe (Studien gehen von einem Verhältnis zwischen 1:2 bis 1:17 aus). Hier zeigt sich, dass gerade schlecht ausgebildete Personen häufiger auf Unterstützung angewiesen sind. Frühe Förderung senkt das Armutsrisiko und auch die Jugendkriminalität. Deshalb sollte in meinen Augen der Kanton Bern ein Interesse daran haben, in die frühe Förderung zu investieren. Er tut dies bereits, könnte und sollte aber meines Erachtens sein Engagement in diesem Bereich noch verstärken. Wie gesagt würden wir letztlich alle davon profitieren.

Ich bin gespannt auf den weiteren Austausch in dieser Debatte und freue mich, dass wir uns zumindest in der Analyse der Ausgangslage einig sind. Leistung und Einsatz sollen weiterhin belohnt werden, auch da sind wir uns einig. Sie sollen aber für möglichst alle Kinder ermöglicht werden.

Info: Stefan Bütikofer (*1978) ist SP-Grossrat und Gemeinderat aus Lyss und unterrichtet Geschichte und Philosophie am Gymnasium Biel-Seeland.